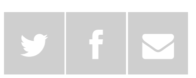




Rettet den Kapitalismus vor sich selbst

Das neoliberale Modell ist spektakulär gescheitert. Es ist Zeit für eine progressive kapitalistische Agenda.

Von Joseph E. Stiglitz | 03.06.2019





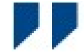
Obdachloser Mann in New York City.

In den meisten Industrieländern hat die Marktwirtschaft große Teile der Gesellschaft im Stich gelassen. Die Wahl von US-Präsident Donald Trump und das britische Brexit-Referendum vor drei Jahren bestätigten es; diejenigen unter uns, die sich lange mit Einkommensstatistik befasst haben, wussten es schon vorher. Nirgendwo trifft das mehr zu als in den Vereinigten Staaten. Obwohl Amerika lange als Aushängeschild des Versprechens auf marktwirtschaftlichen Individualismus galt, weist Amerika heute eine höhere Ungleichheit und eine geringere soziale Mobilität nach oben auf als die meisten anderen Industrieländer. Die durchschnittliche Lebenserwartung in den USA sinkt mittlerweile, nachdem sie zuvor ein Jahrhundert lang angestiegen war. Und für die unteren 90 Prozent der Einkommensverteilung stagnierten die realen (inflationsbereinigten) Löhne: das Einkommen eines typischen amerikanischen Arbeiters liegt heute etwa so hoch wie vor 40 Jahren.

Unterdessen versuchten viele europäische Länder es Amerika gleichzutun, und Staaten, denen das gelang, insbesondere Großbritannien, leiden jetzt unter ähnlichen politischen und sozialen Konsequenzen. Die USA waren wohl das erste Land, in dem eine Mittelschichts-Gesellschaft geschaffen wurde, aber Europa hinkte nie weit hinterher. Nach dem Zweiten Weltkrieg übertraf es die USA in vielerlei Hinsicht, wenn es darum ging, seinen Bürgerinnen und Bürgern Chancen zu eröffnen. Durch eine Vielzahl politischer Maßnahmen etablierten die europäischen Länder den modernen Wohlfahrtsstaat, um die Menschen sozial abzusichern und wichtige Investitionen in Bereichen zu tätigen, wo der Markt allein zu wenig Mittel aufwenden würde.

Dieses europäische Sozialmodell leistete diesen Ländern jahrzehntelang gute Dienste. Den europäischen Regierungen gelang es, die Ungleichheit in Schach zu halten und trotz der Globalisierung, des technologischen Wandels und anderer disruptiver Kräfte die wirtschaftliche Stabilität aufrechtzuerhalten. Als im Jahr 2008 die Finanzkrise und anschließend die Eurokrise losbrachen, erging es den europäischen Ländern mit den stärksten wohlfahrtsstaatlichen Systemen, insbesondere den skandinavischen Ländern, am besten. Denn anders als viele Menschen im Finanzsektor es gerne glauben würden, bestand das Problem nicht in zu starker, sondern zu geringer staatlicher Einmischung in die Wirtschaft. Beide Krisen waren die direkte Folge eines zu schwach regulierten Finanzsektors.

Der progressive Kapitalismus würdigt zwar die Vorteile des Marktes, er erkennt aber auch seine Grenzen. Er stellt sicher, dass die Wirtschaft zum Wohle aller funktioniert.



Mittlerweile wird die Mittelschicht auf beiden Seiten des Atlantiks ausgehöhlt. Um dieser Misere ein Ende zu setzen, muss geklärt werden, was schief lief. Ein Kurswechsel hin zu einem progressiven Kapitalismus ist nötig. Dieser progressive Kapitalismus würdigt zwar die Vorteile des Marktes, er erkennt aber auch seine Grenzen. Er stellt sicher, dass die Wirtschaft zum Wohle aller funktioniert. Wir können nicht einfach in das goldene Zeitalter des westlichen Kapitalismus in den Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg zurückkehren, als der Lebensstil der Mittelschicht

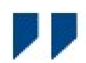
für die Mehrheit der Bürger in greifbarer Nähe schien. Wir würden es auch nicht zwingend wollen. Schließlich war der „amerikanische Traum“ dieser Zeit vor allem einer privilegierten Minderheit vorbehalten: nämlich weißen Männern.

Die aktuelle Situation haben wir dem ehemaligen US-Präsidenten Ronald Reagan und der früheren britischen Premierministerin Margret Thatcher zu verdanken. Die Grundlage für die neoliberalen Reformen der 1980er Jahre bildete die Vorstellung, dass ungezügelte Märkte durch einen geheimnisvollen Sickereffekt von oben nach unten allen Wohlstand bringen würden. Man sagte uns, eine Senkung der Steuersätze für Reiche sowie Finanzialisierung und Globalisierung würden einen höheren Lebensstandard für alle mit sich bringen.

Doch stattdessen sank die Wachstumsrate in den USA auf zwei Drittel ihres Wertes der Nachkriegszeit – einer Phase strenger Regulierungen im Finanzbereich und einem konstant über 70 Prozent liegenden Spitzengrenzsteuersatz – und ein größerer Teil des Wohlstands und der Einkommen aus diesem niedrigeren Wachstum wurde auf das oberste 1 Prozent umgeleitet. Anstelle des versprochenen Wohlstands bekamen wir Deindustrialisierung, Polarisierung und eine schrumpfende Mittelschicht. Wenn wir dieses Muster nicht ändern, wird es sich weiter fortsetzen – oder die Lage noch verschlimmern.

Glücklicherweise besteht eine Alternative zum Marktfundamentalismus. Durch eine pragmatische Neuverteilung der Macht zwischen Staat, Märkten und Zivilgesellschaft ist es möglich, ein freieres, gerechteres und produktiveres System zu etablieren. Progressiver Kapitalismus bedeutet, einen neuen Gesellschaftsvertrag zwischen Wählern und gewählten Amtsträgern, Arbeitnehmern und Unternehmen sowie zwischen Arm und Reich zu schließen. Um den Lebensstandard der Mittelschicht wieder zu einem realistischen Ziel für die meisten Amerikaner und Europäer werden zu lassen, müssen die Märkte der Gesellschaft dienen und nicht umgekehrt.

Wohlstandsschaffung wird oftmals mit Wohlstandsextraktion verwechselt.



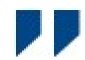
Im Gegensatz zum Neoliberalismus beruht der progressive Kapitalismus auf einem korrekten Verständnis dessen, wie heute Werte geschaffen werden. Nicht die Ausbeutung von Ländern, natürlichen Ressourcen und Menschen bildet die Basis des echten und nachhaltigen Wohlstands der Nationen, sondern menschlicher Einfallsreichtum und Kooperation, häufig mit der Unterstützung des Staates und zivilgesellschaftlicher Institutionen. Seit der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts sind produktivitätssteigernde Innovationen der eigentliche Motor wirtschaftlicher Dynamik und höherer Lebensstandards.

Wohlstandsschaffung wird oftmals mit Wohlstandsextraktion verwechselt. Einzelpersonen und Unternehmen können durch Marktmacht, Preisdiskriminierung und andere Formen der Ausbeutung reich werden. Das heißt aber nicht, dass sie damit irgendeinen Beitrag zum Wohlstand der Gesellschaft geleistet hätten. Im Gegenteil: durch derartiges Verhalten geht es allen anderen insgesamt oftmals schlechter. Derart abträgliches Verhalten ist besonders in der US-Wirtschaft verbreitet, wo immer mehr Sektoren von lediglich ein paar Unternehmen beherrscht werden.

Diese Megakonzerne nutzen ihre Marktmacht, um sich auf Kosten aller anderen zu bereichern. Durch die Festsetzung höherer Preise haben sie den Lebensstandard der Verbraucher effektiv gesenkt. Neue Technologien ermöglichen diesen Unternehmen Massendiskriminierung – die sie auch praktizieren –, da die Preise nicht auf dem Markt festgesetzt werden (als Einheitspreis, der Angebot und Nachfrage abbildet), sondern durch die algorithmische Bestimmung dessen, welchen Höchstpreis ein Kunde zu zahlen bereit ist.

Technologische Fortschritte und das Wachstum der Schwellenmärkte haben hinsichtlich des Niedergangs der Mittelschicht sicherlich eine gewisse Rolle gespielt, sind jedoch für die Wirtschaftspolitik von untergeordneter Bedeutung. Das wissen wir, weil dieselben Faktoren in verschiedenen Ländern unterschiedliche Auswirkungen hatten. Der Aufstieg Chinas und der Technologiewandel waren überall spürbar, die USA weisen jedoch eine höhere Ungleichheit und geringere soziale Mobilität auf, als viele andere Länder wie etwa Norwegen. Wo die finanzielle Deregulierung am weitesten fortgeschritten war, kam es auch am häufigsten zu Missbrauch auf dem Finanzsektor wie etwa Marktmanipulation, räuberischer Kreditvergabe und übermäßiger Kreditkartengebühren.

So unbefriedigend sich die Lage derzeit präsentiert – es wird wohl noch schlimmer kommen.



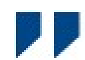
Oder man denke an Trumps Besessenheit bei Handelsabkommen. Wenn politische Entscheidungsträger die amerikanischen Arbeitnehmer schlecht vertraten, lag das nicht daran, dass die Unterhändler aus den Entwicklungsländern die Verhandler der USA über den Tisch gezogen haben. Tatsächlich bekommen die USA nämlich fast alles, was sie verlangen. Das Problem liegt vielmehr darin, dass sich in den amerikanischen Wünschen die Interessen der US-Konzerne widerspiegeln und nicht jene der gewöhnlichen Bürgerinnen und Bürger.

So unbefriedigend sich die Lage derzeit präsentiert – es wird wohl noch schlimmer kommen. Künstliche Intelligenz und Robotisierung werden bereits als künftige Wachstumsmotoren gepriesen. Unter den vorherrschenden politischen und rechtlichen Rahmenbedingungen werden jedoch viele Menschen ihren Arbeitsplatz verlieren und die Regierung wird ihnen bei der Suche nach neuen Jobs keine große Hilfe sein. Allein autonome Fahrzeuge werden Millionen Menschen ihrer Lebensgrundlagen berauben. Gleichzeitig unternehmen unsere Technologieriesen alles, um die staatliche Reaktionsfähigkeit zu schwächen und das nicht nur mit ihren Kampagnen für Steuersenkungen: mittlerweile legen sie bei Steuervermeidung und der Ausbeutung der Verbraucher den gleichen Erfindungsreichtum an den Tag, den sie früher bei der Entwicklung hochmoderner Innovationen bewiesen haben. Außerdem nehmen sie, wenn überhaupt, wenig Rücksicht auf die Privatsphäre der Menschen. Geschäftsmodell und Verhalten der Technologieriesen unterliegen praktisch keiner Aufsicht.

Dennoch besteht Hoffnung: immerhin ist unsere wirtschaftliche Dysfunktion das Ergebnis unserer eigenen politischen Strategien. Mit progressiv-kapitalistischen Reformen können wir beginnen, die wirtschaftliche Dynamik wiederherzustellen sowie Gleichheit und Chancen für alle zu gewährleisten. Oberste Priorität sollte es sein, die Ausbeutung einzudämmen und die Schaffung von Wohlstand zu fördern. Die Regulierung hat einen schlechten Ruf, seit Reagan und Thatcher sie mit „Bürokratie“ gleichsetzten. Allerdings verbessert Regulierung oftmals die Effizienz.

Über einen Zeitraum von mehr als vier Jahrzehnten nach der Großen Depression wurden Finanzkrisen durch ein starkes regulatorisches Rahmenwerk verhindert, bis man in den 1980er Jahren begann, es als „erstickend" zu empfinden. Mit der ersten Welle der Deregulierung kam die Spar- und Kreditkrise. Dieser folgte weitere Deregulierung und die Dot-Com-Blase der 1990er Jahre und schließlich die globale Finanzkrise des Jahres 2008. Zu diesem Zeitpunkt versuchten Länder auf der ganzen Welt, die Regeln neu zu schreiben, um eine Wiederholung dieser Ereignisse zu verhindern. Mittlerweile setzt die Trump-Administration allerdings alles daran, diese Fortschritte zunichte zu machen.

Der progressive Kapitalismus erkennt sowohl die Macht als auch die Grenzen der Märkte an.



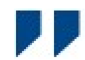
Auch kartellrechtliche Bestimmungen, die sicherstellen sollten, dass der Markt ordnungsgemäß – also auf Wettbewerb beruhend – funktioniert, wurden zurückgenommen. Mit der Eindämmung des Rent-Seeking, wettbewerbswidriger Praktiken und anderer Missbräuche könnten wir die Effizienz verbessern, die Produktion ankurbeln und zu mehr Investitionstätigkeit anregen. Noch besser: wir würden damit Ressourcen für Aktivitäten freisetzen, die unser Wohlergehen tatsächlich verbessern. Wenn weniger unserer besten Studierenden ins Bankgeschäft einstiegen, würden vielleicht mehr ihren Weg in die Forschung finden. Die Herausforderungen sind in beiden Bereichen enorm, aber das eine Metier konzentriert sich darauf, andere auszunützen, während man sich im anderen darauf fokussiert, unser Wissen und unsere Handlungsfähigkeit zu erweitern. Und weil das Joch der Ausbeutung tendenziell am schwersten auf den Menschen am unteren Ende der ökonomischen Pyramide lastet, würden wir die Ungleichheit reduzieren.

Wie aus dem Begriff implizit hervorgeht, erkennt der progressive Kapitalismus sowohl die Macht als auch die Grenzen der Märkte an. Es ist einfach eine Tatsache, dass ein sich selbst überlassener Privatsektor immer zu viel an Dingen wie Umweltverschmutzung produziert, aber zu wenig andere hervorbringt, wie etwa Grundlagenforschung, die das Fundament der Innovation und der wirtschaftlichen Dynamik bildet. Der Staat muss eine zentrale Rolle dabei spielen, den Privatsektor nicht nur von

Dingen abzuhalten, die er nicht tun sollte, sondern auch Aktivitäten zu fördern, die dort sehr wohl stattfinden sollten. Und kollektive – staatliche - Maßnahmen ermöglichen uns, Dinge zu tun, die ein sich selbst überlassener Markt nicht zuwege bringt. Große Innovationen - wie die Erfindung des Internets und das Humangenomprojekt - sind Beispiele für öffentliche Ausgaben, die unser Leben verändert haben.

Die von mir beschriebenen Regulierungen und Reformen sind notwendig, um das Wachstum wiederherzustellen und um ein Leben in der Mittelschicht wieder in die Reichweite der meisten Amerikaner und Europäer zu bringen. Allerdings wird das nicht reichen. Wir brauchen darüber hinaus einen neuen Gesellschaftsvertrag des 21. Jahrhunderts, der allen Bürgerinnen und Bürgern Zugang zu Gesundheitsversorgung, Bildung, finanzieller Sicherheit im Ruhestand, erschwinglichen Wohnraum und einer menschenwürdigen Arbeit mit angemessenem Entgelt garantiert.

Sowohl in Amerika als auch in Europa stehen unser gemeinsamer Wohlstand und die Zukunft der repräsentativen Demokratie auf dem Spiel.



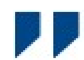
Aus progressiv-kapitalistischer Sicht liegt der Schlüssel zu einem neuen Gesellschaftsvertrag in der öffentlichen Option auf Leistungen, die von zentraler Bedeutung für das Wohlergehen sind. Öffentliche Angebote erweitern die Auswahlmöglichkeiten der Verbraucher und fördern den Wettbewerb, der wiederum niedrigere Preise und mehr Innovation zur Folge hat. Die meisten dieser Vorschläge verstehen sich eigentlich von selbst; doch die dafür notwendigen Reformen stehen wegen des Einflusses von Interessensgruppen vor gravierenden politischen Herausforderungen. Das ist das Problem schwerwiegender wirtschaftlicher Ungleichheit: sie ruft unweigerlich auch politische und soziale Ungleichheit hervor und verstärkt sie auch noch.

Als sich die ursprüngliche progressive Bewegung während des goldenen Zeitalters Amerikas im späten 19. Jahrhundert formierte, bestand ihr Hauptziel darin, den großen Monopolkapitalisten und deren Kumpanen in der Politik eine demokratische Ordnungspolitik abzutrotzen. Das Gleiche gilt für den progressiven Kapitalismus von heute. Es ist erforderlich, dass wir den Einfluss des Geldes in der Politik zurückdrängen und

ordnungsgemäße Kontrollen und Gewaltenteilung wiederherstellen. Die Präsidentschaft Trumps hat uns daran erinnert, dass eine derartige Kontrolle für das reibungslose Funktionieren der Demokratie unverzichtbar ist. Sie hat uns aber auch die Grenzen bestehender Institutionen vor Augen geführt (wie etwa des Wahlmännergremiums, das den Präsidenten wählt und des Senats, wo ein kleiner Bundesstaat wie Wyoming mit weniger als 600.000 Einwohnern über gleich viele Stimmen verfügt wie Kalifornien mit seinen fast 40 Millionen Einwohnern). Das unterstreicht auch die Notwendigkeit struktureller politischer Reformen.

Sowohl in Amerika als auch in Europa stehen unser gemeinsamer Wohlstand und die Zukunft der repräsentativen Demokratie auf dem Spiel. Die Explosion der öffentlichen Unzufriedenheit im Westen in den letzten Jahren ist Ausdruck eines wachsenden Gefühls der wirtschaftlichen und politischen Ohnmacht der Bürgerinnen und Bürger, die ihre Chancen auf ein Leben in der Mittelschicht vor ihren Augen schwinden sehen. Der progressive Kapitalismus ist bestrebt, die übermäßige Macht des konzentrierten Geldes in unserer Wirtschaft und unserer Politik einzudämmen.

Wir können eine mitfühlendere und fürsorglichere Wirtschaft rund um Genossenschaften und andere Alternativen zu gewinnorientierten Unternehmen etablieren.



Aber es steht noch mehr auf dem Spiel: unsere Zivilgesellschaft und unser Identitätsgefühl, sowohl als Individuum als auch als Kollektiv. Unsere Wirtschaft prägt uns in unserer Identität und in den letzten 40 Jahren brachte eine rund um amoralischen (wenn nicht gar unmoralischen) Materialismus und ebensolchem Gewinnstreben aufgebaute Wirtschaft eine Generation hervor, die diese Werte verinnerlicht hat.

Das muss nicht so sein. Wir können eine mitfühlendere und fürsorglichere Wirtschaft rund um Genossenschaften und andere Alternativen zu gewinnorientierten Unternehmen etablieren. Wir können bessere Corporate-Governance-Systeme entwickeln, im Rahmen derer es nicht nur auf kurzfristige Gewinne ankommt. Wir können und sollten von unseren gewinnmaximierenden Unternehmen besseres Verhalten erwarten - und

mit entsprechender Regulierung werden manche der Versuchungen für Fehlverhalten beseitigt.

Wir haben ein 40 Jahre dauerndes Experiment mit dem Neoliberalismus durchgeführt. Es ist bewiesen, dass er in jeder Hinsicht gescheitert ist. Und in der allerwichtigsten Hinsicht – nämlich dem Wohlergehen gewöhnlicher Bürgerinnen und Bürger – ist er kläglich gescheitert. Wir müssen den Kapitalismus vor sich selbst retten. Eine progressiv-kapitalistische Agenda bietet uns dazu die größte Chance.

Dieser Artikel erscheint mit freundlicher Genehmigung von Project Syndicate. Dort ist eine ausführlichere Fassung im Original erschienen.

Aus dem Englischen von Helga Klinger-Groier





Joseph E. Stiglitz
New York

Joseph E. Stiglitz ist Professor an der Columbia University und war Vorsitzender des Council of Economic Advisers der Regierung von Bill Clinton sowie Senior Vice President und Chief Economist der Weltbank. Im Jahr 2001 erhielt er den Nobelpreis für Wirtschaftswissenschaften.

Weitere Beiträge